



Fraktion im Rat
Der Gemeinde Langenberg

Langenberg, 15.12.2021

Haushalt 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -Kollegen ,
liebe Besucher und Vertreter der Presse,

Bereits in unseren letzten Stellungnahmen zu den Haushalten 2021 und 2022 haben wir mahndend auf die massive Verschuldung der Gemeinde in den kommenden Jahren und das drohende Haushaltssicherungskonzept mit dann kaum noch eigenständigen Handlungsmöglichkeiten hingewiesen.

Diese Finanzlage hat sich inzwischen weiter verschärft so daß selbst der Kämmerer in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen hat, dass er in seiner gesamten beruflichen Laufbahn einen derart belasteten Haushalt noch nicht hat vorlegen müssen. Insofern sei das wichtigste Ziel der gemeindlichen Haushaltspolitik in den kommenden Jahren die Vermeidung eines HSK!

Es müsste inzwischen allen Ratsvertretern klar sein, dass wir nun endlich mal handeln müssen – und zwar jetzt – und nicht erst mittelfristig.

Ich möchte hierzu mal an ein in der letzten Haushaltsrede der CDU genanntes Zitat von Mark Twain erinnern. „ Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme – und wenn ich mir Geld dafür borgen muss.“

Ja - wir werden auch zukünftig für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur, d.h. für **zwingend** notwendige Maßnahmen Geld borgen müssen. Andererseits haben wir allerdings auch die Verantwortung dafür, die Belastungen für nachfolgende Generationen im Auge zu halten und Lösungen zu suchen, um den vorliegenden Entwurf und zukünftige Haushalte zu entlasten.

Der Schuldenstand der Gemeinde ist mit fast 18 Mio € in 2026 so hoch wie nie – der vorliegende Haushaltsentwurf weist zwar einen Stand von 14 Mio € aus – hier ist allerdings unterstellt und eingerechnet, dass der geplante Neubau der Schwimmhalle mit einem Betrag von 4,05 Mio € durch den Bund bezuschusst wird. Fördermittel - für die heute keine Zusage vorliegt – und wie schnell sicher eingeplante Fördermittel wegfallen können haben wir erst kürzlich schmerzlich bei den geplanten Lüftungsanlagen für die Schulen erfahren müssen.

Immer wieder auch von der Verwaltung zu hören wie desolat die Finanzlage der Gemeinde ist – und trotzdem ein „Weiter so — irgendwie werden wir schon unbeschadet durchkommen“ ist bereits länger nicht mehr verantwortbar.

Also welche Möglichkeiten gibt es um den Haushalt – der ja zukünftig auch mit zwingend wichtigen und umfangreichen Klimaschutzmaßnahmen immens belastet werden wird – zu entlasten.

Platt gesagt gibt es nur die Möglichkeiten im Ausgabenbereich zu sparen und nur die wirklich zwingend notwendigen Maßnahmen anzugehen – und daneben Einnahmen zu generieren.

Aus diesen Überlegungen sind die Anträge der SPD Fraktion entstanden – also bereits beschlossene aber nicht zwingend notwendige Maßnahmen die durch erneute Übertragung der eingeplanten Mittel in das Jahr 2023 den Haushalt auch weiterhin belasten würden zu streichen.

Das sind im konkreten die Mittel für eine Hundeauslauffläche (10t €) sowie für die Anlage eines Mountainbikeparcour (30 t €). Diese bisher geplanten und beschlossenen Maßnahmen sind durchaus wünschenswert allerdings aufgrund der derzeitigen Finanzlage der Gemeinde nicht verantwortbar. Hierzu zählen wir auch den aktuellen Haushaltsantrag der UWG zur Beschaffung einer mobilen Bühne – diese beantragte Maßnahme lässt neben vielen Fragen zur Umsetzung, Einlagerung etc auch die Frage nach der Finanzierung bzw Kostenübernahme offen.

Ein von der Laienspielschar angeregtes Bürgerhaus für kulturelle Veranstaltungen und eine mögliche breite Nutzung durch Vereine wäre aus unserer Sicht ebenso wünschenswert – leider lässt die aktuelle Finanzlage der Gemeinde aber auch solche Überlegungen derzeit nicht zu.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen von der UWG – ich möchte hierzu ausdrücklich erwähnen dass es dabei nicht um das Ablehnen eurer Anträge zu durchaus sinnvollen und wünschenswerten Maßnahmen geht - sondern um die Notwendigkeit jetzt endlich auch vom Rat Zeichen zu setzen, dass es ein weiter so aufgrund der Finanzlage nicht mehr geben kann.

Eine weitere Entlastung des gemeindlichen Haushaltes haben wir mit der Reduzierung der ebenfalls bereits seit mehreren Jahren übertragenen Haushaltsmittel für einen Fahrradunterstand sowie eine behindertengerechte Zuwegung zum Rathaus von bisher 80t€ auf 30t€ beantragt.

Ein barrierefreier Zugang zum Rathaus ist vom Haupteingang vorhanden – Behindertenparkplätze können direkt vor der Stirnseite des neuen Rathausanbaus angelegt werden. Aus unserer Sicht würden für die Anlage von 2 Behindertenparkplätzen Kosten in Höhe von – großzügig gerechnet- ca 20t€ ausreichend kalkuliert sein. Für die Anlage eines überdachten Stellplatzes für Fahrräder und Wertstofftonnen auf der Rückseite des Rathauses sind weitere 10t€ schon sehr großzügig bemessen!

Die freiwilligen Leistungen unserer in vielen Bereichen im Vergleich gut aufgestellten Gemeinde werden neben Fördermitteln aus Einnahmen/Steuereinnahmen finanziert.

Zum Haushalt 2022 wurde von der Verwaltung die Anhebung der Steuer-Hebesätze auf den jeweiligen fiktiven Hebesatz bei den Grundsteuern A und B vorgeschlagen und mehrheitlich auch so beschlossen. Auch aus unserer Sicht eine durchaus notwendige Maßnahme.

Die SPD Fraktion beantragt zum Haushalt 2023 auch die Gewerbesteuer - zwar nicht auf den vom Land vorgegebenen fiktiven Hebesatz von 418- sondern von dem seit langer Zeit in Langenberg unveränderten Hebesatz (403) auf 410 anzuheben. Auch die Gewerbebetriebe in Langenberg haben in den vergangenen Jahren ihre Gewinne massiv steigern können.

Die immensen Lasten der anstehenden Haushalte sind in einer Solidargemeinschaft gerecht auf alle zu verteilen – und dazu gehören auch die Gewerbebetriebe.

Darüberhinaus ist zu berücksichtigen dass die Gewerbesteuer erst bei Überschreiten eines Freibetrages greift. Insofern sind kleinere Betriebe mit geringerem Ertrag nur marginal betroffen. Die vorgeschlagene Anhebung um somit 1,5% seit immerhin 20 Jahren bewegt sich dabei durchaus in einem angemessenem Rahmen zumal dann immer noch 8 der 13 Kommunen im Kreis Gütersloh einen höheren Steuersatz erheben.

Der Fraktionsvorsitzende der UWG hat in seiner letzten Haushaltsrede davon gesprochen, dass der Versuch den Geldhahn für bereits beschlossene Projekte über entsprechende Anträge abzudrehen eine neue unsittliche Art sei, Beschlüsse zu kippen. Dies habe wenig mit Demokratie und erst recht nichts mit Wertschätzung untereinander zu tun.

Hierzu weise ich darauf hin, dass gerade in einer Demokratie unterschiedliche Meinungen und Positionen ausgetauscht, diskutiert und am Ende per Beschluß mehrheitlich entschieden werden. Das ist die ganz normale parlamentarische Behandlung von Themen. Aus unserer Sicht darf man durchaus auch unterschiedlicher Meinung sein ohne den anderen dadurch weniger Wert zu schätzen – und wir werden dieses Recht auch zukünftig für uns in Anspruch nehmen.

In diesem Sinne wünschen wir uns jetzt eine lebhaft Diskussion mit dem Austausch guter Argumente sowohl Pro als auch Contra – und abschließend eine demokratisch mehrheitliche Beschlußfassung.

Wir bedanken uns für die in diesem Jahr geleistete Arbeit der Verwaltungsmitarbeiter*innen und der Beschäftigten im Bauhof – und bei allen die an der Haushaltsplanung beteiligt waren und wünschen allen ein friedliches besinnliches Weihnachtsfest.

Gez.

Klaus Rinne
Fraktionsvorsitzender